



Interessantes aus
Deutschland für
CNE-Leser

Interessantes von
CNE für
deutsche Leser

Eigentumsverfechter

Wenn es um die Verteidigung der Eigentumsrechte geht, denken manche an Buchanan, Coase oder Hayek. Laut Hans-Hermann Hoppe sind diese Ökonomen als Fürsprecher des Rechts auf Eigentum denkbar ungeeignet. In diesem Interview mit Emrah Akkurt vom türkischen LDT erläutert Hoppe seine Bedenken und seine grundsätzliche Kritik am Staat. Außerdem erklärt er, warum die Entwicklungsländer den IWF und die Weltbank tunlichst meiden sollten.



Prof. Dr. Hans-Hermann Hoppe

Akkurt: In ihrer modernen Version hat die Österreichische Schule der Nationalökonomie (Austrian Economics) aufgrund ihrer Betonung der Eigentumsrechte, des Unternehmergeits und der Freiheit unter den diversen Schulen der Volkswirtschaftslehre natürliche Verbündete. So kommen etwa Alchian und Coase mit ihren Ansätzen zur Erklärung der Eigentumsrechte zu sehr ähnlichen Schlußfolgerungen wie die Österreicher. Gab es zwischen diesen Gelehrten und Mises irgendeine Verbindung?

Hoppe: Die Ähnlichkeiten zwischen der Österreichischen Schule und der Chicago Schule im Hinblick auf Recht und Ökonomie sind m.E. nicht mehr als oberflächlich. In Wahrheit sind diese beiden Denktraditionen grundsätzlich verschieden. Es ist ein weitverbreiteter und schwerwiegender Irrtum, in der Chicago Schule einen Verteidiger der Eigentumsrechte zu sehen. In Wirklichkeit gehören

Coase und seine Schüler zu den gefährlichsten Feinden der Eigentumsrechte. Ich weiß, das klingt für manchen unglaublich. Lassen Sie mich das Gesagte an Coases berühmten Aufsatz über die "sozialen Kosten" veranschaulichen.

Eine Eisenbahn verläuft entlang einer Farm. Die Lokomotiven versprühen Funken und schädigen das Getreide des Bauern. Was ist zu tun? Die Österreicher (wie auch die Klassiker und jeder vernünftige Mensch) würden sagen, daß zu klären wäre, wer sein Eigentum dort zuerst begründete: der Bauer oder die Bahn? Wenn der Bauer der Erste war, könnte er die Bahn zur Einstellung ihrer Emissionen zwingen oder von ihr Entschädigung verlangen. Wenn jedoch die Bahn zuerst da war, dürfte sie weiterhin Funken sprühen und der Bauer müsste ihr etwas zahlen, wenn er wollte, daß sie ihre Emissionen einstellte.

Die Antwort von Coase und Posner sieht ganz anders aus. Sie meinen, es sei falsch, zu glauben, was der Bauer oder die Bahn täten, sei „richtig“ oder „falsch“ (haftbar) und wäre eine Frage von „Angreifer“ und „Opfer“. Coase sagt gleich zu Anfang seines berühmten Aufsatzes, ich zitiere: „Für gewöhnlich denkt man, es gehe darum, daß A B einen Schaden zugefügt habe und es zu entscheiden gelte, wie man A davon abhalten könne. Aber das ist falsch. Wir haben es mit einem Problem zu tun, das reziproker Natur ist.

Themen dieser Ausgabe

Eigentumsverfechter
ein Interview von
Emrah Akkurt mit
Hans-Hermann Hoppe

Öffentliche Finanzen
Hardy Bouillon über den
Lehrbuchklassiker von
Charles B. Blankart

Jubiläum
Hardy Bouillon über 25
Jahre Liberales Institut
Zürich

Neo-Protektionismus
Gunnar Sohn über John
F. Kerrys patriotischen
Protektionismus

Emissionshandel
Peter Dietze über den
Schutz des Klima vor
anthropogenem CO₂

Nachlese
CNEs Capitalist Ball

Um Schaden von B abzuwenden, müsste man A Schaden zufügen. Die wirkliche Frage, die es zu beantworten gilt, ist: Darf A B schädigen oder darf B A schädigen? Das Problem ist, den gravierenderen Schaden abzuwenden.“ Oder, um es anders auszudrücken: Das Problem liegt darin, den Produktionswert oder „Wohlstandswert“ zu maximieren. Nach Posner ist alles, was den gesellschaftlichen Wohlstand mehrt, gerecht, und alles, was ihn mindert, ungerecht. Die Aufgabe der Gerichte besteht darin, die Eigentumsrechte (und –pflichten) unter konkurrierenden Parteien so aufzuteilen, daß der “Wohlstand” maximiert wird.

Auf unseren Fall angewandt heißt das: Wenn die Kosten zur Vermeidung von Funken geringer sind als die Getreideverluste, sollte das Gericht zugunsten des Bauern entscheiden und die Bahn zur Verantwortung ziehen. Falls aber die Kosten zur Funkenvermeidung die Getreideverluste übersteigen, sollte das Gericht zugunsten der Bahn entscheiden und den Bauern auf seinen Kosten sitzen lassen. Was aber noch wichtiger ist: Infolgedessen wären alle Eigentumsrechte (und –pflichten) nicht mehr stabil, konstant und bestimmt, sondern nur mehr “Variablen”. Die Gerichte übertragen Eigentumsrechte nun in Abhängigkeit von Marktdaten. Und wenn die Daten sich ändern, dann ändern die Gerichte dementsprechend ihre Entscheidungen. Das heißt: Wechseln die Bedingungen, dann kann es

zu einer Umverteilung der Rechtstitel an Eigentum kommen. Niemand kann sich je seines Eigentums sicher sein. Die Rechtsunsicherheit wird zum Dauerzustand.

Das scheint weder gerecht noch wirtschaftlich zu sein. Vor allem wird diese „flexible“ Art der Zuordnung von Eigentumsrechten gewiß nicht zu einer langfristigen Maximierung des Wohlstandes führen.

Akkurt: *In einigen Ihrer Arbeiten betonen sie, daß Hayek die Rolle des Wissens hervorhebt und das Privateigentum ignoriert oder vernachlässigt. Denken Sie, Hayek habe die Schlüsselrolle des Privateigentums absichtlich ignoriert? Bitte stellen Sie unseren Lesern Ihre Auffassung von Eigentum und Wissen in einer Marktwirtschaft kurz vor.*

Hoppe: Hayek war schon immer, bereits als Student, an der Psychologie interessiert. Er schrieb ein interessantes Buch zu ihr, die *Sensory Order*. Dies mag seine besondere Betonung des Wissens und die vergleichsweise nachlässige Behandlung des Eigentums erklären. So schrieb Hayek z.B. einen berühmten Aufsatz über den Nutzen des Wissens in der Gesellschaft („Use of Knowledge in Society“). Mises hätte nie einen derart betitelten Aufsatz verfaßt. Sein Titel hätte gelautet: „Der Nutzen des Eigentums in der Gesellschaft“.

In der berühmten Sozialismus- und Kalkulationsdebatte hat Hayek oft den Eindruck erweckt, das zentrale Problem des

Sozialismus liege in der “unmöglichen” Zentralisierung des über eine Vielzahl von individuellen Köpfen verstreuten Wissens in einem Kopf (dem des zentralen Planers). Demgegenüber meine ich, in Anlehnung an Mises, daß das zentrale Problem des Sozialismus darin besteht, eine Vielzahl physikalisch verstreuter und im Besitz vieler Individuen befindlicher *Eigentumsobjekte* in einer juristischen Person (dem sozialistischen Staat) zu zentralisieren bzw. zu konzentrieren. Es ist die Konzentration allen *Eigentums* in einer Hand, die wirtschaftliches Kalkulieren unmöglich macht. Denn wenn es nur einen Eigner aller Kapitalgüter gibt, können solche Güter weder gekauft noch veräußert werden. Folglich existieren keine Kapitalgüterpreise, und eine monetäre Kalkulation ist unmöglich.

Und hinsichtlich des speziellen, individuellen Wissens, das Hayek betonte, sollte man nicht vergessen, daß dieses Wissen im wesentlichen als Ergebnis oder Epiphänomen aus der Vielfalt privaten Eigentums hervorgeht. Es sind unser Eigentum und die Bedingung, andauernd innerhalb seiner Schranken zu handeln, die darauf Einfluß nehmen, welches Wissen (aus der Fülle allen Wissens) für uns *bedeutsam* ist und unsere Interessen so wie unser Streben nach Wissen zusätzlich bestimmt, formt und individualisiert.

Ein Unternehmer riskiert sein Eigentum bei dem Versuch, künftig erwartete Käufernachfragen besser zu befriedigen als andere. Wenn er Erfolg hat, dann erntet er Profit als Zeichen guter Kon-

summentendienste. Wenn er versagt, dann macht er Verluste als Zeichen schlechter Konsumentendienste. Weil sie ihr eigenes Vermögen einsetzen, gehen Unternehmer im allgemeinen sorgfältig und umsichtig mit ihrem Investment um und versuchen, jedwede Verschwendung zu vermeiden. „Schlechte“ (d.h. Verlust machende) Unternehmer werden früher oder später bankrott gehen und Angestellte werden (anstatt selbst Personen anzustellen), und ihre fehlinvestierten Kapitalgüter werden von anderen oder neuen Unternehmern (zu angepaßt niedrigeren Preisen) aufgekauft.

Nebenbei bemerkt: Anders als Unternehmer produzieren Regierungsvertreter *nichts*, das Konsumenten nachfragen (sonst bräuchten sie keine Steuern, um sich selbst zu finanzieren; sie würden einfach das verkaufen, was immer sie an „Gütern“ anbieten könnten, und vom Verkaufsertrag leben.) Regierungsvertreter geben die eingenommenen Steuern für das aus, was *ihnen* als gut erscheint, und nicht, was den Konsumenten als gut erscheint. Außerdem sind sie, die sie nicht ihr Geld ausgeben, sondern dasjenige, das sie von anderen gewaltsam in Form von Steuern eintreiben, beim Verwalten solcher Gelder typischerweise achtlos und verschwenderisch.

Akkurt: *Wie sehen Sie die Public Choice Schule? Wenn ich mich nicht irre, kritisieren Sie James Buchanan wegen dessen Eintreten für den Staat. Würden Sie bitte Ihre Haltung in dieser Sache kurz skizzieren. Warum gibt es zwischen Ihrer Auffassung und jener der Public Choice Schule Differenzen?*

Hoppe: Die Public Choice Schule — insbesondere die von Buchanan und Tullock — bringt man üblicherweise mit der Einsicht in Verbindung, daß die Menschen im Staatsapparat im gleichen Maße eigeninteressiert seien wie die Menschen außerhalb desselben, d.h. im normalen Geschäftsleben. Niemand ändert seine Natur und wird weniger eigeninteressiert, sobald er ein Staatsdiener wird.

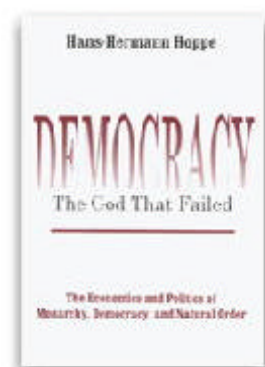
Diese Einsicht ist in der Tat grundsätzlich richtig. Aber sie ist nicht neu. Sie können sie überall in der Literatur finden. Die „realistischen“ Politiksoziologen Gaetano Mosca und Robert Michels kannten diese Einsicht sehr genau und selbstverständlich war sie auch den Österreichern sehr vertraut.

Das *Neue* an der Buchanan-Tullock-Schule ist die Theorie vom Staat und politischen Handeln (im Gegensatz zum wirtschaftlichen Handeln). Gleichwohl ist diese Neuerung offensichtlich falsch.

Buchanan und Tullock denken, der Staat sei im wesentlichen eine freiwillige Einrichtung und stehe auf der gleichen Stufe wie private Firmen. Sie behaupten: „Sowohl der Markt wie auch der Staat sind Instrumente, mit deren Hilfe Kooperationen organisiert und möglich werden“ (*Calculus of Consent*, S. 19). Und da der Staat wie eine Firma sei, so schließt Buchanan in seinem Buch *Limits of Liberty*, sei jeder *Status quo*, ganz gleich, welchen die Politik hervorbringe, so zu bewerten, als ob er vertraglich legitim sei.“

Nun, meines Erachtens ist das alles gefährlicher Unsinn. Vor Buchanan und Tullock gab es einen nahezu universalen Konsens über die *Natur* des Staates, d.h. darüber, was der Staat tatsächlich *ist*; unter den Fürsprechern des Staates genauso wie unter den anarchistischen Staatskritikern. Der Staat als Organisationsform wurde einer anderen Kategorie zugeordnet als das Unternehmen. Anders als Unternehmen, gründen Staaten grundsätzlich auf Zwang. Buchanans gegenständige Behauptung wäre als kindischer intellektueller Irrtum abgetan worden.

Akkurt: *Was denken Sie über die Rolle des Staates in der Gesellschaft? Ist er eine praktische Notwendigkeit oder ein notwendiges Übel? Wie vollzieht sich Ihrer Meinung nach der Übergang von einem etatistischen Modell, wie es z.B. die Türkei darstellt, zu einer klassisch liberalen Gesellschaft?*



Hoppe: Wir müssen zunächst kurz definieren, was wir mit „Staat“ meinen. Ich verwende, was man die Standarddefinition des Staates nennen könnte. Demnach ist ein Staat eine Agentur, die ein territoriales

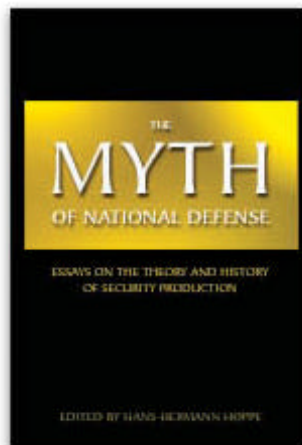
Rechtsmonopol (hinsichtlich aller Konfliktfälle, einschließlich solcher, die den Staat selbst betreffen) und das darin eingeschlossene Besteuerungsmonopol ausübt.

Nun, wir wissen aus der Mikroökonomie, daß "Monopole" aus Sicht des Konsumenten "schlecht" sind. Monopole werden dabei im klassischen Sinne als exklusive Privilegien verstanden, die einem einzigen Produzenten eines Gutes oder einer Dienstleistung zugestanden sind, d.h., als Abwesenheit des „freien Zugangs“. Nur A darf x produzieren. Jeder Monopolist ist für den Konsumenten schlecht, weil der Preis für x durch die Ausgrenzung möglicher Neuzugänge in diesen Produktionsbereich höher und die Qualität niedriger ist, als sie es sonst wären.

Warum sollte dieses Argument anders aussehen, wenn es um das staatliche Monopol des Rechtes und der Rechtsdurchsetzung geht? Wenn wir davon ausgehen, daß der Staat ein klassischer Monopolist ist, dann müssen wir annehmen, daß der Preis für die Gerechtigkeit höher und die Qualität derselben niedriger sind als sonst. Schlimmer noch, weil der Staat sogar in eigener Sache richtet, ist davon auszugehen, daß er in seinem eigenen Interesse Konflikte *bewirkt* statt sie zu *lösen*. Das aber ist kein Zeichen von Gerechtigkeit (die ein *Gut* ist), sondern von Ungerechtigkeit (die ein *Übel* ist).

So, und nun zu Ihrer Frage:

Nein, ich betrachte den Staat als ein un-notwendiges Übel. In einer natürlichen Ordnung, in der es eine Vielfalt von konkurrierenden Versicherungen und Schiedsagenturen gäbe, fiel der Preis und stiege die Qualität für Gerechtigkeit. Meine beiden jüngsten Bücher, vor allem *Democracy: The God That Failed* (*Demokratie. Der Gott, der keiner ist*), aber auch *The Myth of National Defense* erklären recht ausführlich, wie staatenlose Gesellschaften, die sich selbst organisieren, funktionieren und ungekannten Wohlstand generieren würden.



Was nun den Wandel der Türkei zur freien Gesellschaft angeht, so ist meine Antwort für die Türkei im wesentlichen dieselbe wie für Deutschland, Frankreich, Italien oder jedes andere große Land. Die Antwort heißt dort *nicht* Demokratie oder Demokratisierung – genauso wenig wie sie es für die Länder der früheren Sowjetunion war. Und sie heißt auch nicht Zentralisierung – wie sie sich innerhalb der EU abspielt. Vielleicht sollte mein Buch ins Türkische übersetzt werden.

Die größte Hoffnung für die

Freiheit keimt in den kleinen Ländern: in Monaco, Andorra, Liechtenstein, auch in der Schweiz, Hongkong, Singapur, den Bermudas, etc. Als Liberaler sollte man sich 10 Tausende solcher kleiner unabhängiger Einheiten wünschen. Warum könnten Istanbul oder Izmir nicht freie Städte sein, die mit der türkischen Bundesregierung zwar freundschaftliche Beziehungen unterhielten, aber keine Steuern an diese abführten oder Zuwendungen von derselben erhielten und ihre Angelegenheiten statt nach zentralistischem Bundesrecht nach städteeigenem Recht regelten?

Die Befürworter des zentralistischen Staates (und der Superstaaten wie z.B. der EU) behaupten, daß eine derartige Vermehrung unabhängiger politischer Einheiten Zerfall und Verarmung nachsichzöge. Allerdings spricht nicht nur die empirische Evidenz gegen diese These. Die oben genannten kleinen Länder sind alle wohlhabender als ihre Nachbarn. Außerdem führen auch theoretische Überlegungen zu der Einsicht, daß diese Behauptung nichts anderes ist als eine weitere Mythe der Etatisten.

Kleine Staaten haben viele Konkurrenten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Wenn sie ihre Bürger deutlich mehr besteuern und maßregeln als ihre Mitbewerber, dann müssen sie unweigerlich unter der Abwanderung von Arbeit und Kapital leiden. Außerdem: je kleiner das Land, desto größer der Druck, sich für freien Handel statt für Protektionismus zu entscheiden. Jede staatliche Einmischung in den Außenhandel zieht eine relative

Verarmung nach sich, hier wie dort. Aber: je kleiner das Territorium und die heimischen Märkte, desto dramatischer die Effekte. Wenn sich die USA für Protektionismus stark machte, fiel der amerikanische Lebensstandard, aber keiner würde verhungern. Wenn aber eine kleines Fürstentum, sagen wir Monaco, das gleiche täte, hätte das fast unmittelbar Hunger zur Folge. Denken Sie an einen Haushalt, quasi die kleinste Sezessionseinheit: Durch uneingeschränkten Freihandel kann sich sogar die kleinste territoriale Einheit in den Weltmarkt integrieren und jeden Vorteil nutzen, der aus der Arbeitsteilung erwächst. Seine Bewohner können zu den wohlhabendsten Menschen der Welt werden. Andererseits, wenn der selbe Haushaltsvorstand sich zur Abkehr vom interterritorialen Handel entschliesse, wären elende Armut und Tod die Folge. Das heißt auch: je kleiner das Territorium und dessen Binnenmarkt, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß es den Freihandel vorzieht.

Darüber hinaus sollte man bedenken – was ich hier allerdings nur andeuten und nicht näher erläutern kann –, daß die Sezession die Geldstabilität fördern und das gegenwärtige monetäre System mit seinen schwankenden Länderwährungen durch einen Warengeldstandard ersetzen würde, der sich der staatlichen Kontrolle völlig entzöge. Summa summarum bestünde die Welt aus kleinen liberalen Staaten, die durch Freihandel und ein internationales Warengeld, wie z.B. Gold, wirtschaftlich integriert wären. Dies wäre ein Welt mit einem bislang unbekanntem Ausmaß an Wohlstand, wirtschaftlichem

Wachstum und kulturellem Fortschritt.

Akkurt: *Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die libertären Ideen für die Entwicklungsländer? Glauben Sie, daß diese Länder, einschließlich der Türkei, unter dem Einfluß des IWF und der Weltbank den Weg zu einer freien Marktwirtschaft finden? Beurteilen Sie die Zukunft dieser Länder im Hinblick auf klassisch liberale Werte optimistisch?*

Hoppe: Den Menschen wurde der Verstand mitgegeben. Insofern dürfen wir darauf hoffen, daß die Wahrheit am Ende obliegt. Ob man im Hinblick auf ein spezielles Land, wie z.B. die Türkei, optimistisch sein darf, hängt davon ab, wie die Antwort auf folgende Frage aussieht: Wie groß ist unter der intellektuellen Elite der Anteil jener, welche die Grundlagen der Ökonomie hinreichend gut verstehen? Es gehört zu den zentralen Aufgaben eines liberalen Think tanks, solche Leute auszubilden und ihre Zahl zu vergrößern und damit schließlich einen *Grund* für Optimismus zu schaffen.

Was die Menschen in den „Entwicklungs“ländern lernen müssen, ist, daß es Gründe dafür gibt, daß einige Länder reich und andere arm sind und daß diese Gründe kaum etwas mit der „Ausbeutung“ der Armen durch die Reichen zu tun haben (auch wenn es diese Ausbeutung zweifellos gibt). Es gibt nur einen Weg zu allgemeinem Wohlstand, und der heißt Sparen und Investieren. Reiche Länder sind reich, weil sie ein großes Pro-Kopf-Angebot an Kapitalgütern akku-

muliert haben. Arme Länder sind arm, weil sie wenig Kapital angehäuft haben. Warum mancherorts mehr investiert und Kapital akkumuliert wird als anderswo? Weil dort das Privateigentum seit langem einen relativ hohen Schutz genießt, während an anderen Plätzen der Welt Privateigentum unentwegt der Konfiszierung, Besteuerung und Regulierung ausgesetzt ist. Wo Privateigentum nicht sicher ist, wird wenig gespart und investiert.

Warum investieren Ausländer kaum in den sogenannten Entwicklungsländern, obwohl die Arbeitskosten dort erheblich niedriger sind als in den USA oder in Westeuropa? In den USA hören Sie unentwegt Beschwerden über den „Export von Arbeitsplätzen“ in die Niedriglohnländer der 3. Welt. Dabei ist dieser Exportanteil in Wirklichkeit überraschend *klein*. Auch hier zeigt sich: Einer der Hauptgründe dafür, daß Ausländer nicht mehr in den Entwicklungsländern investieren, ist der geringe Schutz der Eigentumsrechte.

Außerdem muß man in den „Entwicklungs“ländern lernen, daß ein solides Geld- und Währungssystem einen sehr wichtigen Aspekt sicheren Eigentums darstellt. Aber vor allem muß ein Grundgesetz beherzigt werden: Eine Vermehrung staatlichen Papiergeldes kann *niemals* den gesellschaftlichen Wohlstand erhöhen. Sie ist nichts weiter als eine Zunahme an buntem Papier. Sie schafft kein einziges zusätzliches produziertes Gut. Wenn

es anders wäre, müsste man sich fragen, warum es überhaupt noch arme Menschen gibt. Das einzige, was Inflation bewirken kann und wird, ist eine systematische Umverteilung des *bestehenden* gesellschaftlichen Wohlstands zum Wohle des Staates, als Produzent zusätzlichen Geldes, und seiner unmittelbaren Klienten (und auf Kosten jener, die in der Folge höhere Preise zahlen müssen, während ihre eigenen Geldeinkünfte unverändert bleiben). Papiergeldinflation ist Diebstahl und Konfiszierung, und die Regierungen der „Entwicklungs“länder haben sich als die schlimmsten Verbrecher in Sachen Geldentwertung herausgestellt.

Mein Rat an diese Länder ist: Erwerbt die Reputation eines Landes, wo Privateigentum, Geld eingeschlossen, geschützt ist. (Man denke z.B. an die Schweiz.) Dann werdet Ihr gedeihen. Andernfalls werdet Ihr es nicht.

Auf die Hilfe des IWF und der Weltbank würde ich nicht zählen. Ganz im Gegenteil: Diese Institutionen sind eine der Hauptursachen für wirtschaftliche Misserfolge und Fehlinformationen. Sie wurden von westlichen Staaten eingesetzt, vor allem von den USA, um *deren* Interessen zu vertreten. Sie sind mit Tausenden von bürokratischen „Experten“ bemannt, die allesamt gutbezahlte Posten und traumhafte Vergünstigungen, aber kaum etwas zu tun haben. Die Ökonomen unter diesen „Experten“ sind höchst-

wahrscheinlich Keynesianer, d.h. für sie gibt es kein Problem, das nicht durch Papiergeld gelöst werden könnte. Dieser bürokratische Apparat ist mit Papiergeld ausgestattet, das die USA und ihre Verbündeten einfach gedruckt, d.h. aus dem Nichts geschaffen haben. Es diskontiert Staatsanleihen von Ländern, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken, um diesen angeblich bei der Bewältigung ihrer Schwierigkeiten zu helfen.

Dieser Sachverhalt erlaubt folgende Vorhersage: Weil die Bürokraten nicht ihr eigenes Geld oder das privater Investoren verleihen, haben sie kaum oder gar kein Interesse daran, daß ihre politischen Vorschläge tatsächlich umgesetzt und die Anleihen zurückgezahlt werden. Schlimmer noch: Weil man mit diesen Anleihen „Staaten, die in Schwierigkeiten stecken“, aus der Patsche hilft, schwört man wirtschaftliche Missstände und die Politik, die zu diesen führt, geradezu herauf. (Denken sie nur an Simbabwe und Mugabe!) Es sind perverserweise die eigenen versagenden Politikrezepte, die diesen Institutionen den Grund für ihren Fortbestand und ihr Wachstum liefern. Was würde das IWF tun, wenn die Staaten keine wirtschaftlichen Probleme verursachen?

Die Zusammenarbeit mit dem IWF und der Weltbank sollte also tunlichst vermieden werden.



Das Interview führte Emrah Akkurt vom LDT, der türkischen Association for Liberal Thinking. Das komplette Interview in englischer Sprache finden Sie unter: <http://www.mises.org/fullstory.asp?control=1455>



Aus dem Amerikanischen von Robert Grözinger.
Ca. 340 Seiten. 12,5 x 19,5 cm.
Leinen mit Schutzumschlag.
2003 Edition Sonderwege bei Manuscriptum
€24,80

Hans-Hermann Hoppe ist Ökonomieprofessor an der University of Nevada, Las Vegas, Senior Fellow am Ludwig von Mises Institute und Herausgeber des Journal of Libertarian Studies.

Sein neues Buch *Democracy: The God That Failed* ist auch auf deutsch erhältlich: *Der Gott, der keiner ist*. Hoppe ist zudem Herausgeber von *The Myth of National Defense* und verfügt über eine eigene Website: www.hanshoppe.com.

Öffentliche Finanzen

*Warum geht der demokratische Staat mit seinen Finanzen anders um, als es Lieschen Müller erwarten würde? Und warum geht er so damit um, wie er es tut, und nicht anders? Diese und ähnliche Fragen sollte ein Lehrbuch über öffentliche Finanzen beantworten können. Das neu aufgelegte Buch von Charles Beat Blankart kann es. Hardy Bouillon hat es besprochen: Charles Beat Blankart, Öffentliche Finanzen in der Demokratie. 5., völlig überarbeitete Auflage, Verlag Vahlen, München 2003, 651 Seiten, 35 Euro. Am 23. Februar erschien seine Rezension in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung**, Nr. 45, S. 10.*

Es ist gründlich überarbeitet worden: das nahezu schon klassische Blankartsche Handbuch über öffentliche Finanzen in der Demokratie. Herausgekommen ist dabei nicht nur ein aktualisiertes Lehrbuch, das unter anderem die anstehenden Reformen im Rentensystem, im Gesundheits- und Gemeindefinanzwesen in seine Analysen einbezieht. Der Autor hat sein Werk auch noch um einen neuen vierten Teil zum föderalen Staat und zu dessen Verfassung ergänzt, in dem er die Prinzipien des fiskalischen Föderalismus auf Deutschland und die Europäische Union anwendet. Die Änderungen und Ergänzungen zeigen sich außerdem vor allem in Blankarts Betrachtungen zum Wählerverhalten, zum

Verhältnis von Bürokratie und wachsender Staatstätigkeit, zur Gewerbesteuer sowie zur Abgrenzung von Individualschuld, Kollektivschuld und Staatsbankrott.

Am theoretischen Ansatz der neuen politischen Ökonomie hat der Autor festgehalten; er hat ihn sogar noch konsequenter auf finanztheoretisch relevante Fragen angewendet. In klassisch liberaler Tradition ist Blankart überzeugt, daß der Staat besser zur Wahrung der individuellen Freiheit geeignet ist als das staatenlose Gemeinwesen. Zugleich zeigt er jedoch in aller Ausführlichkeit die Unzulänglichkeiten der Institutionen demokratischer Ordnung: vom Unvermögen, gerechte Verteilungen herbeizuführen, das Staatswachstum zu verhindern und die Steuergesetzgebung vor der Ausgabenneigung der Politiker zu schützen bis hin zu Marktverzerrungen durch Wirtschaftsaktivitäten des Staates und umweltpolitisch inspirierte Interventionen.

Blankart zeigt sich mit der institutionskritischen Literatur bestens vertraut. Die verbleibende Spannung zwischen Institutionskritik einerseits und dem Festhalten am demokratischen Staatsmodell andererseits, das in der bei ihm wiedergegebenen Institutionenökonomik gang und gäbe zu sein scheint, gründet dabei wohl auf der unzureichenden Aufarbeitung des Theorienvergleichs zwischen Anarchie und Staat. Der Hobbessche Mythos vom "Krieg aller gegen

Prof. Dr.
Charles Blankart



Sein neuestes Buch besprach
PD Dr. Hardy Bouillon

alle" und der Glaube, eine Verfassung könne einen Mißbrauch des staatlichen Gewaltmonopols vermeiden, sind auch in der Version des amerikanischen Nobelpreisträgers James Buchanan nicht das letzte Wort in der Sache. Aber ein Defizit in der gesellschaftstheoretischen Diskussion ist wahrlich einem Finanzwissenschaftler nicht vorzuwerfen.

Wer die Funktion des öffentlichen Finanzwesens in der Demokratie in all ihren Facetten verstehen will, wird bei Blankart

In klassisch liberaler Tradition ist Blankart überzeugt, daß der Staat besser zur Wahrung der individuellen Freiheit geeignet ist als das staatenlose Gemeinwesen. Zugleich zeigt er jedoch in aller Ausführlichkeit die Unzulänglichkeiten der Institutionen demokratischer Ordnung.

bestens bedient. Und sollte es wirksame Korrekturmechanismen für die mangelhaften Institutionen der Demokratie geben, dann sind sie, wie Blankart richtig vermutet, wohl am ehesten im Föderalismus, in Elementen der Direktdemokratie und in einer strengeren Gewaltenteilung zu finden.

Jubiläum

25 Jahre ist es mittlerweile alt, das Liberale Institut in Zürich. Grund genug, dachten die Schweizer, den Think Tank gemeinsam mit 80 geladenen Gästen in würdigem Rahmen zu feiern. Also traf man sich am 19. März 2004, um das Jubiläum bei einem Abendessen gebührend zu begehen. Hauptredner an diesem Abend war Stiftungsrat und Mit-Gründer Prof. Dr. Peter Forstmoser. Er ließ das letzte Vierteljahrhundert und die prägenden Ereignisse der letzten Jahre ausgiebig und bildreich Revue passieren. Dabei hob er vor allem die Verdienste jenes Mannes hervor, der das Liberale Institut von Anfang an geleitet hat: Robert Nef.

Dr. Detmar Doering, Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich Naumann Stiftung in Potsdam schilderte in seiner von kurzweiligem Humor geprägten Ansprache den vielfältigen Einfluß, den das traditionsreiche Schweizer „Schwester“-Institut auf die von ihm geleitete Einrichtung, aber auch auf so manchen anderen Think Tank ausgeübt habe.

Robert Nefs Wunsch entsprechend, stellte PD Dr. Hardy Bouillon in seiner Tischrede auf die Verdienste des Instituts und nicht auf die einzelner Personen ab, was angesichts der Fleischwerdung des Instituts in der Person Nefs nicht ganz leicht war. Bouillon stellte das Erfolgsrezept des Schweizer Think Tanks in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Wie kein anderes habe das Liberale Institut sekundäre Tugenden mit kommunikativen Fertigkeiten

und primären Prinzipien verknüpft.



Robert Nef
Leiter des Liberalen Instituts

Mit Blick auf die sekundären Tugenden hob Bouillon vor allem die *Rechtschaffenheit* hervor, die man in all den Jahren an den Tag legte, nicht nur im herkömmlichen Verständnis des „sich nichts zuschulden kommen lassen“, sondern auch im Sinne de Jasays, daß Rechte weder von Natur aus gegeben, noch von einer höheren Instanz verliehen, sondern immer erst von willigen Vertragsparteien zu „erschaffen“ sind. Aber auch die *Offenheit* habe man stets gepflegt, sei kontinuierlich offen für die besten Argumente zur Wahrung der Freiheit und offen für die Themen der Zeit gewesen. Schließlich bewies das Institut immer das Recht Maß an *Bescheidenheit*, sei es im kultivierten Auftritt seiner Mitarbeiter oder in der Auswahl der Mittel bei der Umsetzung selbstgesetzter Ziele.

Ohne die passenden kommunikativen Fertigkeiten sei das Bemühen einer jeden meinungsbildenden Einrichtung vergeblich, fuhr Bouillon fort. Das Liberale Institut habe sich kontinuierlich der *Erfolgsorientiertheit* verschrieben und bei der Suche nach der Wahrheit ungebrochen *Rückhaltlosigkeit* gezeigt, und all das bei einem Höchstmaß an *Transparenz*.

Was das Liberale Institut jedoch einzigartig mache, sei ihr unermüdlicher Einsatz für die primären liberalen Werte. Als Schweizer Einrichtung habe dabei – wie hätte es anders sein können – die Neutralität immer an erster Stelle gestanden, wobei diese nicht nur als passive Enthaltensamkeit, sondern auch als aktive Unterdrückung des Wunsches nach Einmischung in fremde Angelegenheiten vorgelebt worden sei und damit die unauflöbliche Verwandtschaft zur Toleranz bewiesen habe. Diese Neutralität sei stets mit jenen Prinzipien verknüpft worden, die für jeden Liberalen die ersten sein müssten, da aus ihnen alle anderen ableitbar seien: *Eigentum* und *Freiheit*.

Wohlwissend, daß die Merkfähigkeit nach einem opulenten Mahl unter gewissen Einschränkungen leidet, riet Bouillon dazu, das Erfolgsrezept durch einen kleinen mnemotechnischen Trick im Gedächtnis zu bewahren. So erinnerten zufälligerweise die Erstbuchstaben der genannten Eigenschaften aneinandergereiht an eine Person, die mit dem Liberalen Institut aufs Engste verbunden sei. Und diese „buchstäblich“ zu vergessen: dazu sei wohl keiner der anwesenden Gäste jemals in der Lage.

Rechtschaffenheit
Offenheit
Bescheidenheit
Erfolgsorientiertheit
Rückhaltlosigkeit
Transparenz

Neutralität
Eigentum
Freiheit

Neo-Protektionismus

Auburn/Bonn

Was wäre wenn? Was wäre, wenn der demokratische Kandidat John F. Kerry die nächsten Präsidentschaftswahlen gewänne? Laut Gunnar Sohn und Guido Hülsmann wäre mit einer neuen Welle eines patriotistisch motivierten Protektionismus zu rechnen. Lesen Sie in dieser Vorabmeldung der Frühjahrsausgabe des Mittelstandsmagazins Criticón, was laut Sohn und Hülsmann Anlaß zu diesen Befürchtungen gibt.

Anfang März 2004 kamen neue Hiobsbotschaften vom amerikanischen Arbeitsmarkt: nur 21.000 neue Stellen, statt der erhofften 200.000. Für viele Beobachter liegen die Ursachen dieser Lage in der Handelspolitik. Sie weisen darauf hin, dass die amerikanischen Konsumenten seit Jahren schon immer mehr ausländische (vor allem chinesische) Produkte kaufen und dass die chinesischen Unternehmen jetzt auch auf den Märkten für Produktionsgüter nachziehen. Immer mehr amerikanische Firmen verlegen mehr oder minder große Teile ihrer Produktion ins Ausland ("Offshore-Outsourcing"). Die Folge sei vermehrte Arbeitslosigkeit und Verarmung unter den Amerikanern.

Outsourcing als „unpatriotische Praxis“

Als besonders skandalös wird der Bezug ausländischer Dienstleistungen empfunden. Dramati-

sche Kostensenkungen in der Telekommunikation machen es zum Beispiel möglich, dass amerikanische Unternehmen indische Telefonisten beschäftigen – natürlich zu einem Bruchteil des Lohnes, den sie in den USA zu bezahlen hätten. Banken, Versicherungen und viele andere Anbieter machen davon zunehmend Gebrauch.

Der Freihandel scheint also nicht nur die einfachen Leute im Blaumann zu bedrohen, sondern auch die feinen Leute, die mit Telefon und Computer arbeiten. Seit Monaten mehren sich daher die Stimmen, die nach politischen Schutzmaßnahmen rufen. So geißelte der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, John F. Kerry, bereits öffentlich das Outsourcing als "unpatriotische Praxis". Im Falle seiner Wahl will er alle Handelsverträge im Lichte amerikanischer Umwelt- und Arbeitsnormen revidieren. Nach Kerrys Vorstellungen sollen sogar Call Center-Agenten bei jedem Kundenkontakt via Telefon oder E-Mail erklären müssen, in welchem Land sie stationiert sind. Damit werde, so glaubt er, "ein großer Schritt getan, amerikanische Jobs zu erhalten".

Für den Ökonomen Robert Barro von der Harvard Universität gehen Kerrys Wahlkampfversprüche in die völlig falsche Richtung. "Die Verlagerung von Arbeitsplätzen ist eine Form internationalen Handels, diesmal in Form von Diensten. Der Angriff auf das Outsourcing ist nichts anderes als Protektionismus in neu-

Gunnar Sohn



John F. Kerry



Guido Hülsmann



em Gewand", kritisiert Barro. Auch die Aufnahme von amerikanischen Arbeits- und Umweltnormen in Handelsabkommen wäre eine Form des Protektionismus. "Es ist doch ganz offensichtlich, dass einer der größten Vorteile aus dem Handel mit ärmeren Ländern aus den niedrigeren Lohnkosten, die dort herrschen, resultiert", so Barro.

Der Flip-Flop-Kandidat und seine kanadischen Telefonisten

Befürworter des Freihandels weisen darauf hin, dass die freie internationale Zusammenarbeit – auch im Bereich der Dienstleistungen – für alle beteiligten Nationen große Vorteile bringt. Und sie haben Kerry bereits als Heuchler erlarvt, der seine Wahlkampagne mit Hilfe kanadischer Telefonisten und ausländischer Praktikanten betreibt. Die Politstrategen im Lager der Republikaner sprechen schon vom

Flip-Flop-Kandidaten, bei dem Schein und Sein weit auseinander klaffen. "Der Neo-Protektionismus ist nicht allein deshalb verwerflich, weil er die Heuchelei amerikanischer Handelspolitiker entlarvt; er ist verwerflich, weil er den Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit entgegensteht", führt Guido Hülsmann vom amerikanischen Ludwig von Mises-Institut in Auburn in der Frühjahrsausgabe des Mittelstandsmagazins *Criticón* aus.



Asiatische Telefonist(inn)en sind John F. Kerry ein Dorn im Auge.

"Protektionismus in einem Land bedeutet immer auch Einkommensverluste in anderen Ländern. Der Protektionismus der westlichen Länder, vor allem bei landwirtschaftlichen Produkten ist sicherlich das größte Hemmnis für die Entwicklung der Dritten Welt. Wir in Europa sehen uns ja gerne als die huma-

nen Förderer der armen Länder. In Wirklichkeit jedoch steht die europäische Heuchelei der amerikanischen nicht nach. Wir verteilen ein paar milde Gaben an ausländische Regierungen und nennen es Entwicklungshilfe, aber die Arbeitsfrüchte ausländischer Bauern haben bei uns Hausverbot, weil ja sonst unsere Bauern vom Land in die Städte ziehen müssten und dort die Löhne der gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter drücken würden.

Die Folge: statt afrikanischer und asiatischer Waren strömen uns nun afrikanische und asiatische Menschen zu. Das vorläufige Zwischenergebnis unserer Handelspolitik ist die gewaltigste Wanderungsbewegung der letzten 1500 Jahre. Auch vom engen Standpunkt der eigenen nationalen Interessen ist und bleibt der Protektionismus ein Irrweg. Er kann allenfalls sehr kurzfristige Vorteile für einige tonangebende Gruppen wie Gewerkschaften und Politiker bringen. Den Kapitalabfluss und die damit einhergehende Ausgleichung der Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt kann er letztlich doch nicht verhindern", so Hülsmann.

Niemand könne behaupten, dass mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung alles zum Besten bestellt sei. "Aber ihre strukturellen Mängel liegen eben nicht im Handel – der freie Handel operiert immer und überall zum Vorteil der breiten Masse. Jene Mängel liegen vielmehr im Bereich der Währungspolitik. Hier gilt es, das Übel an der Wurzel zu packen. Die neu-

erlich heraufziehende Börsenblase zeigt überdeutlich, dass eine gesunde Wirtschaft ein gesundes Geld verlangt, das nicht von Politikern manipuliert werden kann.

Die Große Depression der frühen 30er Jahre wird vornehmlich mit dem "Schwarzen Freitag" des Oktober 1929 in Verbindung gebracht, an dem die New Yorker Börse seinerzeit ihren ersten großen Einbruch erlitt. Aber dieser Einbruch hätte nicht eine langjährige Krise der Weltwirtschaft hervorrufen können.



Freier Marktzugang: künftig schwerer in den USA?

Der eigentliche Auslöser der Depression war die Handelspolitik der Vereinigten Staaten. Im Juni 1930 wurde der Hawley-Smoot Tariff Act verabschiedet, mit dem die höchsten Einfuhrzölle in der Geschichte der USA in Kraft traten. Die anderen Staaten erhöhten daraufhin ebenfalls die Zölle und brachen damit dem Welthandel endgültig das Genick. Der Westen stürzte in einen langen ökonomischen und politischen Winter. Überall wuchs der Staat auf Kosten der Gesellschaft", schreibt Hülsmann.



Emissionshandel

Die Diskussion um den Emissionshandel suggeriert, daß die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes sinnvoll sei. Doch die Auffassung, der Schutz des Klimas vor anthropogenem CO₂ sei machbar, ist nicht nur aus ökonomischer Sicht äußerst bedenklich.

Peter Dietze
(Foto), IPCC
TAR Reviewer
und Verfechter
einer wissen-
schaftlich fun-
dierten Klima-



diskussion, wendet sich in einem offenen Brief an den Autor eines dieser Tage in der FAZ erschienenen Artikels über die Unvermeidbarkeit des Emissionshandels.

Sehr geehrter Herr Dr. Böhringer,

Ihren aufschlußreichen Artikel "Am Emissionshandel führt kein Weg vorbei" in der FAZ vom 20.3.04 habe ich mit großem Interesse gelesen. Sie schreiben "Klimaschutz ist notwendig".

Tatsächlich sind aber von dem beobachteten Temperaturanstieg seit 1860 nur 0,16 °C (!) auf anthropogenes CO₂ zurückzuführen (der Rest entfällt auf Beiträge von den übrigen THG sowie auf die Solaraktivität). Mir scheint daher die ganze Aufregung um CO₂ maßlos übertrieben, irrational und ideologisiert. Die Klimasensitivität des CO₂ vom IPCC wird nachweislich etwa um den Faktor 4 überschätzt, d.h. eine Verdoppelung – die wir mit den wirtschaftlich nutzbaren fossilen Reserven von ca. 1300 GtC bei einer mittleren atmosphärischen Verweilzeit von 55 Jahren längst nicht erreichen können – würde im Gleichgewicht lediglich einen Temperaturanstieg von etwa 0,7 °C bringen.

Meine langjährigen wissenschaftlich-kritischen Untersuchungen zu globalen Kohlenstoff- und Strahlungsmodellen (welche ich u.a. als offizieller Gutachter des dritten IPCC-Berichts TAR-WGI durchführte und auch im Internet dokumentiert habe) ergaben, daß die geplante CO₂-Reduktion um 40% bis 2020 in Deutschland lediglich einen (transienten) Klimaschutzeffekt von 3/1000 °C bringt *). Vom vorigen Wirtschaftsminister Müller wurden hierfür im Energiebericht (Okt. 2001) volkswirtschaftliche Kosten von 250 Mrd € angegeben, wobei m.E. nur die primären Kosten berücksichtigt wurden.

Mittlerweile wird in Fachkreisen zugegeben, daß Kyoto *keinen feststellbaren(!)* Klimaeffekt bringt. (Hierfür wäre das 30-fache des im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Wertes erforderlich.) Nach meinen Berechnungen wären es derzeit (ohne die USA, aber unter Einbindung Rußlands, obwohl dessen Zustimmung nicht zu erwarten ist) bis 2050 lediglich 1/100 °C. Kyoto hat also nur symbolischen Wert.

Man sollte sich ernsthaft überlegen, ob nicht hierfür Aufwand bzw. Schaden und Nutzen in einem *krassen Mißverhältnis* stehen. Der gegenwärtige Zertifikate-Streit um ca. 17 Mio t CO₂ (505 gegen 488) geht um einen Beitrag von 0,00013 °C. 40% (ca. 400 Mio t) bringen 3/1000 °C, das kann linear auf 17 Mio t heruntergerechnet werden.

Meine Veröffentlichung "Klimaschutz: Deutschland auf dem Weg in ein nachhaltiges Energie-Dilemma" finden Sie unter www.bwl-bote.de/20040115.htm (als pdf downloadbar).

Mit freundlichem Gruß
P. Dietze

<http://www.john-daly.com/forcing/moderr.htm> (official IPCC TAR Review)

<http://www.john-daly.com/dietze/cmodcalc.htm> (Carbon Model Calculations)

<http://www.dimagb.de/info/bauphys/pdietze1.html> (DECHEMA CO₂ 6.3.03)

P.S.: Ich möchte noch auf das in Kürze erscheinende sensationelle Buch von Dr. Heinz Hug, *In der Ökofalle*, hinweisen. Siehe Amazon: www.amazon.de/exec/obidos/ASIN/3776623497/eingutesbuch-21/302-0531002-8353602

*) Man kann das leicht überschlägig nachrechnen. 40% von 1 Mrd t CO₂ sind 0,109 GtC/a. Im Senkenfluß-Gleichgewicht ergibt diese Emission E bei einer mittleren Verweilzeit T von 55 Jahren und einem Pufferfaktor BF von 75% mit der Formel $\Delta_{ppm} = E \cdot T \cdot BF / 2.123$ eine CO₂-Konzentrationsverminderung von 2,1 ppm. Grundlagen siehe nach Fig.7 bei <http://www.john-daly.com/dietze/cmodcalc.htm> (Carbon Model Calculations). Im Strahlungsgleichgewicht ergibt sich, wenn man für CO₂-Verdoppelung meinen Wert von 0,7 °C einsetzt (siehe <http://www.john-daly.com/forcing/moderr.htm> – official IPCC TAR Review) bei +15 °C (288 K) mittlerer globaler Bodentemperatur und rund 400 ppm um 2020 ($370 + 20 \cdot 1,5 / a$) $\Delta_T = 0,7 \cdot \ln(402,1/400) / \ln(2) = 0,005$ °C. Da aber bis dahin nicht der Gleichgewichtszustand erreicht ist und durch die Verzögerung hiervon nur etwa 60% wirksam werden, sind das (transiente) 3/1000 °C.

Nachlese

Es war – wieder einmal – eine berauschende Ballnacht. Wie jedes Jahr fanden sich auch diesmal 250 Gäste zum CNE Capitalist Ball in Brüssel ein, um auf dem Parkett der dortigen Börse das Tanzbein zu schwingen und den Kapitalismus hochleben zu lassen. Hochleben ließ man auch zwei herausragende europäische Persönlichkeiten, die sich um den Liberalismus verdient gemacht haben. Wurde im letzten Jahr der ehemalige Premierminister Estlands Mart Laar für seine Verdienste als Politiker geehrt, so war es diesmal der Verteidigungsminister Italiens, **Antonio Martino**, dessen liberale Meriten mit dem Adam Smith Preis bedacht worden sind.



Antonio Martino

Anlässlich der Preisverleihung erinnerte Professor Martino an die Revolution im wirtschaftspolitischen Denken der 80er Jahre, die ohne die Arbeit von Think Tanks wie das Londoner Institute of Economic Affairs (IEA) nie möglich gewesen wäre. Und er ermunterte CNE, für Europa das zu tun, was das

IEA für Großbritannien bewirkte.



Anthony de Jasay

Die andere Auszeichnung an diesem Abend galt **Anthony de Jasay**, dem wohl bedeutendsten liberalen Denker der Gegenwart.

Geboren 1925 in Ungarn, floh de Jasay 23-jährig in den vergleichsweise „freien Westen“. Nach zwei Jahren in Österreich emigrierte er nach Australien. In Perth beendete er sein Studium und landete schließlich mit Hilfe eines Stipendiums am Nuffield College in Oxford, wo er für eine geraume Zeit lehrte. 1962 wagte er sich in den Finanzsektor und übersiedelte nach Paris. Dort arbeitete er anfangs auf fremde, später auf eigene Rechnung. 1979 zog er sich aufs Land in die Normandie zurück. Seither widmet er sich fast ausschließlich seinen Studien und pflegt das Leben eines Privatgelehrten.

Jasay besticht nicht nur durch eine messerscharfe

Logik, mit der er die Argumente seiner Gegner seziiert und seine eigenen entwickelt, sondern auch durch einen brillanten, humorvollen Stil, der von jener feinen Noblesse getragen wird, die seine Person als Ganzes auszeichnet.

“Es sollte niemanden, der die menschliche Natur und die Geschichte der Ideen studiert, überraschen, daß einige Ideen in einem Maße Beachtung finden, das im krassen Mißverhältnis zu dem ihnen innewohnenden Inhalt steht.” “Die akute Gefahr, welche der Natur der Politik innewohnt, erwächst nicht dem Umstand, daß Politiker zynisch oder Bürokraten inkompetent wären, obgleich es sicherlich nicht hilfreich ist, wenn sie es sind.”

Es sind nicht nur derart gelungene Formulierungen, welche die Lektüre seiner Werke, u.a. *The State; Choice, Contract, Consent* und *Justice and Its Surroundings*, zu einem einzigartigen Vergnügen werden lassen. Leider sind nur wenige seiner Arbeiten bislang auf deutsch erschienen, darunter *Liberalismus neu gefaßt* (Ullstein Propyläen, 1995).

